Pressemitteilung

Im Landtag von
Baden-Württemberg

Die Grünen Bündnis 90

Konrad-Adenauer-Str. 12
70173 Stuttgart

Tel: 0711-2063-679/687/683
Fax: 0711-2063-660
schmitt@gruene.landtag-bw.de
http://www.bawue.gruene-fraktion.de

183/2005 Stuttgart, den 15.06.2005

Grüne zu Umweltplan:

„Riesenkluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit“

Boris Palmer: Nachhaltigkeitsbeirat fordert Landesregierung zum Handeln auf

---

Der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer wertet das Gutachten des Nachhaltigkeitsbeirats als Beleg dafür, dass die CDU/FDP-Landesregierung in zentralen Feldern der Umweltpolitik wegen Untätigkeit erfolglos ist: „Beim Klimaschutz, beim Feinstaub oder beim Flächenverbrauch hat die Landesregierung nun die Quittung für ihre Bremserpolitik erhalten: Ziele nicht erreicht.“

So sei man von der für dieses Jahr angestrebten Reduzierung der energiebedingten CO2-Emissionen auf unter 70 Mio. Tonnen meilenweit entfernt. Tatsächlich liege das CO2-Emissionsniveau selbst angesichts der aktuellen Konjunkturflaute bei knapp 80 Mio. Tonnen pro Jahr. Noch schlechter stelle sich die Bilanz der vom Straßenverkehr verursachten C02-Emssionen dar. Statt der laut Umweltplan anzustrebenden Reduzierung gegenüber dem Ausgangsjahr 1987um 10% weisen die Zahlen des Statistischen Landesamts einen Anstieg von knapp 30% (17,6, Mio. T (1987); 22,3 Mio. T (2002)) aus.

Ganz ähnlich stellt sich die Situation bei der Feinstaubbelastung dar. Laut Umweltplan hätten die Dieselrußemissionen um 80% gegenüber 1995 reduziert sein sollen. Tatsächlich sind nur 30% erreicht. „Es ist bezeichnend für die bisherige Umweltpolitik des Landes“ - so Palmer – „dass angesichts solcher Zahlen die Landesregierung noch im Juni letzten Jahres im Bundesrat einen Vorstoß zur Aufweichung der Feinstaubgrenzwerte unternommen hat.“

Auch beim Flächenverbrauch sei kein durchschlagender Erfolg zu erkennen. Die leichte Reduzierung der letzten Jahre sei in erster Linie der lahmenden Konjunktur geschuldet. Die Landesregierung habe außer Appellen nichts gegen den Flächenverbrauch unternommen.

Klärungsbedürftig sei darüber hinaus die von Umweltministerin Gönner genannte Zahl von 8,8 ha. Das Statistische Landesamt spreche für 2004 nach wie vor von einer Zunahme von 10,3 ha.

Palmer: „Die Umweltministerin verwendet zu viel Energie darauf, Teilerfolge herauszustellen, die größtenteils nichts mit der Politik der Landesregierung zu tun haben. Sie täte besser daran, Maßnahmen zur Lösung der gravierenden Probleme zu ergreifen. Vorschläge dafür gibt es, sie werden nur nicht aufgegriffen.“

Der umweltpolitische Sprecher der Grünen verwies darauf, dass eine Reihe der jetzt vom Nachhaltigkeitsbeirat gemachten Vorschläge wie z.B. der Ausbau der regenerativen Energien und der Biomassenutzung, die Einführung von Flächenzertifikaten und der Erlass von Fahrverboten für schadstoffintensive Fahrzeuge in den letzten Monaten mehrfach Gegenstand von Landtagsanträgen der Grünen gewesen seien. In allen genannten Fällen sei man aber am Widerstand von CDU und FDP gescheitert. „Bisher wurden die Vorschläge des Nachhaltigkeitsbeirates von der Landesregierung lustlos präsentiert und anschließend von der Koalition abgelehnt. Ministerin Gönner hat die Chance, sich hier positiv von ihren Vorgängern abzusetzen.“